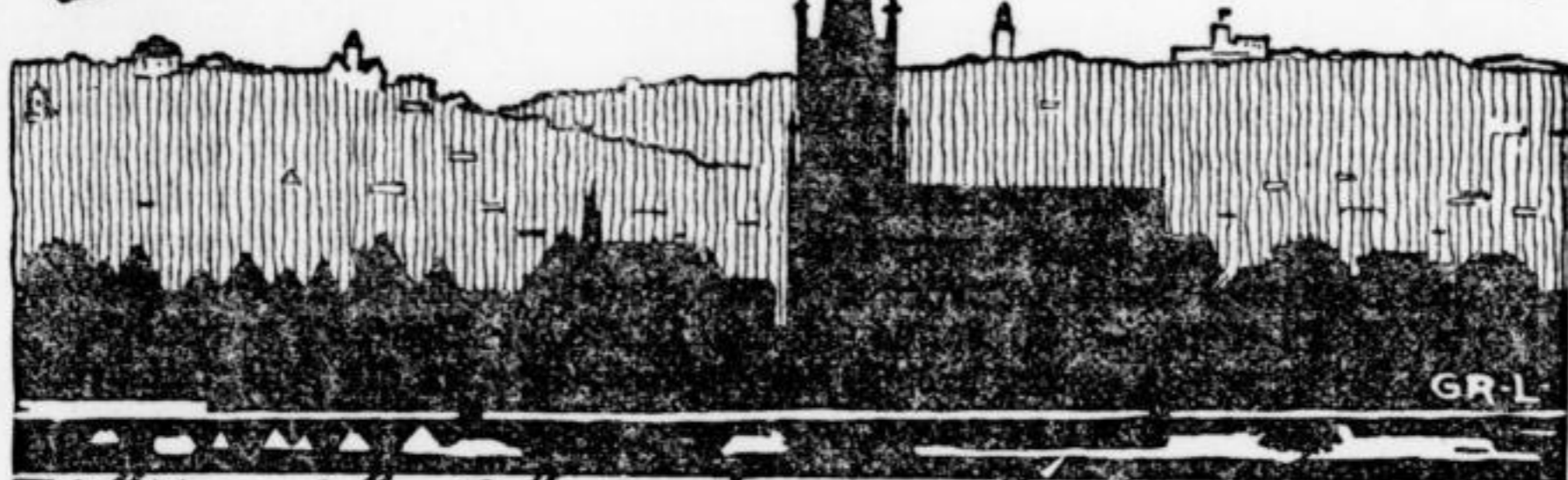


# Die Elbawe



Blätter für Sächsische Heimatkunde

Nr. 9. 13. Jahrgang Beilage zum General-Anzeiger September 1936

## Die Schule zu Lindenu.

Die Schulkämpfe und Schulnöte der Gemeinde Lindenu hatten mit der schulischen Vereinigung des Dorfes mit der neuen Gemeinde Niederlöbnitz ihr Ende gefunden. Die Kinder, die über zweihundert Jahre in der Reiheschule unterrichtet worden waren, saßen nun zusammen mit denen von Niederlöbnitz in der neuen Vereinsschule an der Winzerstraße, die damals als Mittlere Bergstraße bezeichnet wurde. Ueber 30 Jahre lang wurde das kleine Haus der ersten Niederlöbnitzer Schule gemeinsam von beiden Gemeinden benutzt, bis die immer mehr anwachsenden Orte auf den Bau eines neuen größeren Schulgebäudes zukommen mußten. 1871 wurde das erste Haus der Schule an der ehemaligen Schulstraße, heute der Ledeweg, erbaut. Aber auch dieses Gebäude genügte nicht lange für die immer größer werdende Kinderzahl beider Dörfer. 1882 machte sich schon wieder eine Vergrößerung dieses neuen Gebäudes notwendig.

Da tauchte wieder der Gedanke einer eigenen Schule für Lindenu auf. Die Gemeinde, die sich fünfzig Jahre vorher so hartnäckig gegen die Lasten einer eigenen Schulgemeinde gewehrt hatte und die schließlich in dem Kampfe gegen die Forderungen der Oberbehörde Sieger geblieben war, diese Gemeinde wollte sich nunmehr von der Verbindung mit Niederlöbnitz freimachen. Nach längeren Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden kam man in einer Sitzung vom 27. Januar 1882 denn auch zu dem Beschluß, die Lindenuer Kinder auszusuchen. — Aber dabei ging es genau wie vor einem halben Jahrhundert ohne Kampf mit der Aufsichtsbehörde nicht ab. War es damals die Behörde, die den Lindenuern eine eigene Schule aufzwingen wollte, so hatten sich 1882 die Rollen vollständig verschoben. Jetzt widersetzte sich die Behörde dem Verlangen der Lindenuer nach schulischer Selbständigkeit und sie führte dieselben Gründe gegen einen Schulneubau ins Feld, wie sie die Vorväter vorgebracht hatten, nämlich die Armut der Gemeinde, die voraussichtlich nicht in der Lage sein werde, ein Schulwesen aus eigenen Mitteln zu begründen und zu erhalten. Auch den Hinweis der Lindenuer Gemeinde auf